

Strategische Partnerschaften in der deutschen Wissenschaftslandschaft:

Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlich willkommen zu diesem Symposium in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Ich freue mich erstens, dass Sie so zahlreich gekommen sind, und zum Zweiten freue ich mich, so viele bekannte Gesichter zu sehen. Viele von Ihnen haben mich in den letzten Jahren begleitet, manche von Ihnen aber auch schon vorher.

Dass man in verschiedenen Welten gelebt haben kann, Herr Spiwak, muss nicht unbedingt ein Nachteil sein, es muss auch nicht unbedingt ein Widerspruch sein. Das wird – denke ich - auch ein zentraler Diskussionspunkt dieses Symposiums heute und morgen sein.

I. Status quo

Meine Damen und Herren, Zukunftskonzepte, Exzellenzcluster, Graduiertenschulen, Hochschulpakt und Pakt für Forschung und Innovation – viele wichtige, viele richtige Initiativen wurden in den letzten Jahren auf den Weg gebracht – mit dem Ziel den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu modernisieren. Mehr Wettbewerb, Anreizsysteme für Forschungsorganisationen und Universitäten und nicht zuletzt mehr Geld für Wissenschaft und Forschung in Deutschland haben für frischen Wind gesorgt. Ein starker Wissenschaftsstandort zu sein, ist Voraussetzung dafür, dass Deutschland unter dem Druck der globalen Dynamiken wettbewerbs-fähig ist und bleibt. Unsere wirtschaftliche Kraft speist sich – auch und gerade in Krisenzeiten – und ich denke, das hat man gerade die letzten Jahre direkt erleben können, aus exzellenter Wissenschaft und Forschung. Sie sind der Garant für zukünftige Arbeitsplätze, zumal in einem Land, wie Deutschland.

Am Anfang muss ein klares Bekenntnis der Politik, in Wissenschaft und Bildung zu investieren, stehen – auch bei angespannten Haushaltslagen. So freuen wir uns seit einigen Jahren über stetige Aufwüchse im Haushalt des

Bundesforschungsministeriums; allein der Bundeshaushalt 2012 ist gegenüber 2011 um mehr als elf Prozent auf ein Rekordniveau von 12,9 Milliarden Euro gestiegen.

Diejenigen, die forschen, haben den frischen Wind des Wandels aufgenommen. Ob an den Universitäten, in den Forschungsorganisationen oder in der forschenden Industrie, wir alle haben uns den neuen Bedingungen gestellt, Positionen überprüft, zum Teil neue eingenommen und schließlich - ich denke, auch das kann man sagen - gut gearbeitet. Die These der Versäulung der deutschen Forschungs-landschaft gehört der Vergangenheit an - und ich glaube, auch darüber wird zu diskutieren sein heute Abend und morgen. Symposien wie dieses belegen: Es geht verstärkt um intensive Kooperationen, um die Arbeit an gemeinsamen Zielen. Vernetzung und Kooperation sind der Dreh- und Angelpunkt, um Neues zu gestalten, neue Ideen zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

Dem liegt die Einsicht zu Grunde, dass dort, wo Kapazitäten und Kompetenzen, Kreativität und Ideenreichtum und nicht zuletzt Budgets und Strukturen gebündelt werden, die besten, innovativsten Ergebnisse erzielt werden können.

Persis Drell hat das in einem ganz konkreten Beispiel versucht, klar zu machen. Und dies alles ohne die

individuelle Expertise oder das spezifische eigene Ziel in Frage stellen oder gar verraten zu müssen. Wir, die Helmholtz-Gemeinschaft, und selbstverständlich auch die anderen Wissenschaftsorganisationen haben bis heute schon viel unternommen, um Exzellenz und Expertise über neue Kooperationen zusammenzufügen. Ein paar Beispiele:

- Das im Jahr 2009 gegründete KIT vereint in sich die Missionen eines Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe mit der Helmholtz- Gemeinschaft. Mit über 9.000 Beschäftigten, 22.552 Studierenden und einem Budget von über 700 Millionen Euro positioniert sich das KIT entlang der drei strategischen Handlungsfelder Forschung, Lehre und Innovation. Es erzeugt frei nach dem Motto „Think big – act big“ eine außerordentliche Sichtbarkeit, Schlagkraft und Wirksamkeit im internationalen Wettbewerb.
- In der Jülich Aachen Research Alliance bündeln das Forschungszentrum Jülich der Helmholtz-Gemeinschaft und die RWTH Aachen ihre Kompetenzen und Kapazitäten. Hier geht es nicht um die Fusion von Institutionen, sondern um die Fusion von Kompetenzen aus ausgewählten Forschungsfeldern, darunter dem Energiebereich. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen bei Fraunhofer, Leibniz und Max-Planck waren in der Vergangenheit natürlich nicht

untätig. Zu nennen sind hier z.B.:

- Die International Max-Planck Research Schools (IMPRS), die Universitäten und Max-Planck-Institute verknüpfen, um es talentierten Doktoranden zu ermöglichen, in einem ausgezeichneten, auch international geprägten Umfeld zu promovieren.
- Der Leibniz Wissenschaftscampus, auf dem gemeinsame Schwerpunkte von Leibniz-Instituten und Universitäten durch optimierte Rahmenbedingungen Schub bekommen, sowie
- die Fraunhofer-Innovationscluster, bei denen Industrie, Fraunhofer und Universitäten bzw.- andere Forschungseinrichtungen die projektbezogene Weiterentwicklung von Standorten gemeinsam in Kooperation vorantreiben.

Sie alle haben einfallsreich und konsequent neue Kooperationsformen entwickelt und umgesetzt.

II. Herausforderung

Die genannten Beispiele sind der Beleg: Vieles wurde in Angriff genommen, die Erfolge sprechen für sich, wir haben,

wenn man so will, unsere Bringschuld nicht nur inhaltlich, sondern auch unter forschungspolitischen Aspekten erbracht. Nun aber stehen wir, und das ist auch eines der zentralen Themen dieser Veranstaltung, am wissenschaftspolitischen Scheideweg: Im Juni fallen die Entscheidungen in der Exzellenzinitiative – dies wird erheblich die Weichenstellung für das gesamte Wissenschaftssystem des nächsten Jahrzehnts prägen; der Hochschulpakt ist bis 2020 konzipiert, der Pakt für Forschung und Innovation zunächst bis 2015.

Was folgt hieraus? Stillstand darf es ebenso wenig geben wie ein einfaches „Weiter so!“. Es wäre fatal, nur abzuwarten und der Dinge zu harren, die da kommen – oder auch nicht kommen. Nicht nur aus der Perspektive der Helmholtz-Gemeinschaft, die eher lang- denn kurzfristig orientiert ist, wäre dies ein ‚Fahren auf Sicht‘ und unbefriedigend.

Also geht es darum, Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Und das bedeutet auch, das Wissenschaftssystem als Ganzes auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehören Fragen, wie:

1. Was kommt nach der Exzellenzinitiative? In welche

Richtung wollen wir gehen? Welche Weichen müssen gestellt werden? Wer sind unsere Partner?

2. Welches Wissenschaftssystem erwarten wir in zehn Jahren? Welche Rolle nehmen die Forschungsorganisationen dort ein? Welche Strukturen sind notwendig damit wir unsere Stärken bestmöglich einsetzen können? Wie positionieren sich die Universitäten? Wie integrieren sich die forschungs- und entwicklungsintensiven Unternehmen?

3. Und schließlich: Wie können, wie wollen, wie müssen wir zusammenwirken, damit wir gemeinsam Erfolg haben und am Ende nicht Partikularinteressen im Vordergrund stehen?

Sie alle kennen das chinesische Sprichwort: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die Einen Mauern, die Anderen bauen Windmühlen.“

Ich für meinen Teil würde gerne mit Ihnen an den Plänen für neue Windmühlen arbeiten und wünsche mir dabei, dass wir den Mut und Weitblick haben, herkömmliche Strukturen und Gegebenheiten in Frage zu stellen. Dies ist das Ziel dieses gemeinsam mit den Stiftungen initiierten Symposiums. Das Thema hätte, ehrlich gesagt, nicht aktueller sein können. Als

es vor anderthalb Jahren vorgeschlagen wurde, waren wir nicht darüber im Klaren, Herr Huber und ich, dass wir einen gewissen Höhepunkt der Diskussion, jetzt gerade in den letzten Monaten erleben. Innovationen, auch das wissen Sie, meine Damen und Herren, auch strukturelle, gehen immer auch mit Tabubrüchen einher. D.h. wir sollten offen diskutieren und nichts von vornherein ausklammern.

III. Lösungswege

Ich möchte Ihnen kurz skizzieren, wie ein Zukunftsplan aus meiner Sicht aussehen könnte: Ich vertrete die These – und damit stehe ich nicht alleine, dass die Verschiebung von der Grund- zur Projektfinanzierung ihre Grenzen erreicht hat. Ein “Weiter so“ würde hier nicht dazu führen, dass der Wettbewerb konstruktiv gestärkt würde. Vielmehr käme es zu risikoaversen Entscheidungen der Institutionen bei der Jagd nach Mitteln. Wir sind bei der Projektförderung also an dem „Break-Even-Punkt“ angelangt und müssen nun konsequent Alternativen planen und sie weitsichtig und strukturiert steuern.

Worauf kommt es dabei an? Zunächst ist davon

auszugehen, dass die auskömmliche Grundfinanzierung vor allem unserer Universitäten Kern der Lösung ist. Das Schicksal der Universitäten, meine Damen und Herren, bestimmt das Schicksal des Wissenschafts- und Innovationsstandortes Deutschland. Hier gibt es noch viel zu tun: Schauen wir auf unsere Spitzenkonkurrenten im Ausland, müssen wir konstatieren, dass wir trotz Exzellenzinitiative immer noch weit von dem Mitteleinsatz pro Studierenden von herausragenden Universitäten wie Harvard, Stanford, MIT, Jale, aber auch in Europa Imperial College oder auch der ETH Zürich entfernt sind:

Die ETH Zürich gibt 66.000 Euro pro Studierenden im Jahr aus, Harvard oder Stanford mehr als 100.000. Eine deutsche Universität hatte vor der Exzellenzinitiative typischerweise 10.000 Euro pro Studierenden zur Verfügung. Nach der Exzellenzinitiative typischerweise, und da rede ich nicht nur von den Gewinnern, 11.000 Euro, immerhin – oder nur – ein 10%-Effekt, je nachdem wie man es sieht. Trotz dieses beachtlichen finanziellen Unterschieds zu Harvard und den anderen, ist der universitäre Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland sehr erfolgreich in puncto „Input-Output“-Relation. Die Universität Heidelberg, ich sehe Herrn Eitel, oder die RWTH Aachen,

Herr Schmachtenberg, sind nicht zehn Mal schlechter als Harvard oder MIT. Die deutschen Universitäten machen für den Mitteleinsatz einen hervorragenden Job. Aber wo mehr ist, kann man auch mehr machen. D.h. wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir diesen Faktor zehn, der bei der Haushaltslage, die sich jetzt abzeichnet, finanziell nie geschlossen werden wird, auch nicht in den nächsten zehn Jahren, dadurch schließen, dass wir Dinge anders machen. Die „Blaupause“, statt zehn, hunderttausend Euro pro Jahr, pro Studierenden in die Hand zu nehmen wird in Deutschland nicht funktionieren.

Erschwerend, bei dieser ganzen Diskussion, kommt hier die von unserer Verfassung auferlegte Restriktion des Kooperationsverbots hinzu. Art. 91b GG steht uns im Wege, um mit institutioneller Bundeshilfe bei den Investitionen pro Studierenden den Abstand auf die internationale Konkurrenz zu verringern.

Ein Lösungsweg liegt damit auf der Hand: Das Kooperationsverbot des Artikel 91b soll aufgehoben werden. Hochschulen könnten so unmittelbar vom Bund mitfinanziert werden. Mit dem Modell von „bundesmitfinanzierten Universitäten“, und ich benutze hier bewusst nicht das Wort bundesfinanzierte, sondern „bundesmitfinanzierte

Universitäten“, würde die Rolle der Universitäten gestärkt werden, indem flächendeckend einzelne Institute oder ausgewählte Fachbereiche vom Bund dauerhaft ko-finanziert werden könnten. Mit dem zusätzlichen Geld bestünde zudem die Möglichkeit, auch die drängenden übergeordneten und herausragen-den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, die klangen auch an - Energie, Klima, Gesundheit, wirksamer und nachhaltiger an den Hochschulen mit zu bearbeiten. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen könnten mit ihrer Expertise und Infrastruktur zur Schwerpunktbildung der Universitäten beitragen. Was mit der Exzellenzinitiative begonnen hat, würde hier fortgesetzt, und in gewisser Weise dann auch verstetigt.

Falls dieser Lösungsweg jedoch nicht beschritten wird, wird die finanzielle Kluft zwischen unseren Hochschulen und unseren internationalen Mitstreitern in nächster Zukunft nicht geschlossen. Die großen Fragen an Wissenschaft und Forschung werden aber bleiben.

Öffentlichkeit und Politik fordern zunehmend, Forschungsschwerpunkte danach auszurichten, wie Lösungen für gesellschaftliche Problemfelder gefunden und bereitgestellt werden können. Ob Gesundheit und Medizin,

Energie und Umwelt, Sicherheit und Kommunikation, Mobilität und Transport – in allen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger sind Forschung und Wissenschaft gefordert, Antworten auf drängende Fragen zu geben. Immer geht es darum, neben dem reinen Erkenntnisgewinn, neben der Neugier- betriebenen Forschung, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen. An diesem gesellschaftlichen Auftrag muss sich Forschungspolitik notwendigerweise orientieren.

Was bedeutet das für die außeruniversitären Forschungsorganisationen, wie die Helmholtz-Gemeinschaft? Wir müssen mit unseren Partnern in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Wege finden, wie wir in Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen unser Forschungs- und Entwicklungs-System weiter entwickeln, optimieren und gegebenenfalls umbauen. Dabei muss jede außeruniversitäre Einrichtung ihren Weg gehen.

IV

Helmholtz-Gemeinschaft

Aus Sicht der Helmholtz-Gemeinschaft brauchen wir ein Wissenschaftssystem mit verlässlichen Strukturen, in denen

die Themen und Inhalte von nationaler Bedeutung langfristig und zugleich dynamisch bearbeitet werden können. Und damit bin ich bei einem zweiten Lösungsweg, unabhängig vom Lösungsweg „eins“, diesmal aus Sicht einer Einrichtung wie Helmholtz.

Zu diesem Lösungsweg gehört, bestehende nationale und internationale strategische Partnerschaften auszubauen und weitere zu schaffen. Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen. Verbindliche, institutionalisierte Kooperationen mit den Universitäten sind nach meinem Dafürhalten notwendig, um konzentriert an Lösungen für die übergeordneten Fragen arbeiten zu können.

Die Dynamik von Fusionen nicht nur von Kompetenzen sondern auch von Institutionen brächte am Ende Wissen und Anwendungen und damit Wertschöpfung hervor, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Für die Helmholtz-Gemeinschaft würde es heißen, mit ausgewählten Universitäten Forschungsfelder von nationaler Bedeutung in neuer Dimension bearbeiten zu können – sowohl mit Blick auf quantitative als auch qualitative Effekte. Das enge Wechselspiel und Zusammenwirken von außeruniversitärer und universitärer Forschung würde der Forschung aber auch der Lehre und damit der Ausbildung des

wissenschaftlichen Nachwuchses in Bereichen wie z.B. Energie oder Gesundheit einen großen Schub geben.

Für diesen Vorschlag können wir als Helmholtz-Gemeinschaft bewährte Ansätze aufgreifen. Erfolgreiche Strukturen wie beim KIT oder bei JARA haben Maßstäbe gesetzt, das kann man, glaube ich, schon nach wenigen Jahren sagen. Schließlich handelt es sich hierbei um gelungene Fusionen von Institutionen einerseits und Kompetenzen andererseits. Sie sind mit Geld von Bund und den Ländern ausgestattet. Mit der geplanten strategischen Partnerschaft des Max Dellbrück Centrums der Helmholtz-Gemeinschaft, hier in Berlin, und der Charité als herausragendes Universitätsklinikum und medizinische Fakultät, erproben wir ein drittes Modell. Anziehungskraft bei den Inhalten, Ähnlichkeit in Größe und Ausstattung, sind hierbei die entscheidenden Erfolgsfaktoren.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass neben den genannten Modellen in den nächsten Jahren weitere Institutionen neuer Art in Partnerschaft zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Universitäten entstehen werden: Eingebettet in ein reformiertes Gesamtsystem und mit diesem eng verbunden.

Darauf sollten wir hinwirken und heute damit beginnen, jeder für sich – in Kooperation mit den anderen – für unser gemeinsames Wissenschaftssystem.

Daher bin ich der Schleyer-Stiftung und der Heinz Nixdorf-Stiftung, Herr von Wartenberg, sehr dankbar, dass sie dieses Thema auf Vorschlag des Kollegen Huber und mir, aufgegriffen und dieses Symposium organisiert haben. Ihnen, meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.